

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jochen Haußmann u. a. FDP/DVP**

### **Studie zur aktuellen Lage der Langzeitpflege in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Kosten für diese Studie angefallen sind (ggfs. aufgeschlüsselt in die verschiedenen Geldgeber, die beteiligt waren);
2. wie das Vergabeverfahren dieser Studie aussah (unter Angabe des Zeitraums, über welchen dieses stattgefunden hat);
3. ob sie weitere wissenschaftliche Studien zur Evaluierung der Lage in Langzeitpflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg unterstützt (oder in Zukunft unterstützen wird) und wenn ja, welche;
4. wie sie die Anteile der Befragten, innerhalb des quantitativen sowie des qualitativen Aspekts, der Studie zur aktuellen Lage in Einrichtungen der Langzeitpflege in Baden-Württemberg (LACOVID-BA-WÜ2020) hinsichtlich der Repräsentation der verschiedenen Akteursgruppen, welche an der Studie teilnahmen, bewertet;
5. ob sie bei potentiellen Förderungen weiterer Studien hierzu Anpassungsbedarf an dem aktuellen Aufbau, bzw. der Auswahl der Akteursgruppen, sieht und wenn ja, wie dieser aussieht;
6. wie sie es bewertet, dass 48% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ambulanten Bereich angaben, dass es Probleme bei der Durchsetzung der Impfstrategie gab;
7. wie sie es bewertet, dass in 70-80% der Fälle keine neuen Kooperationen zwischen den Pflegeeinrichtungen und Dienststellen mit anderen Einrichtungen aus dem Gesundheitssektor zustande kamen;
8. wie sie es bewertet, dass die Mehrheit der Befragten sich in ihrer Arbeit nicht gesellschaftlich wahrgenommen sieht, unter Angabe, ob sie diesbezüglich Strategien zur Einbindung der Langzeitpflege in den politischen Diskurs verfolgt;
9. wie sie es bewertet, dass nur etwa 28% der Befragten angeben, sich an den Verordnungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration gut orientieren zu können;
10. inwiefern sie auf die, sowohl von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem ambulanten als auch aus dem stationären Bereich gleichermaßen wahrgenommene Veränderung der Pflegeprobleme politisch reagieren wird;
11. welche Schlüsse sie aus den vermehrt genannten Problemen bei der Umsetzung der Hygienemaßnahmen (namentlich die personelle Auslastung, die Trennung von Wohnbereichen und die baulichen Gegebenheiten), vor allem in der stationären Pflege, zieht;
12. inwiefern sie dahingehende Konzepte verfolgt, die Langzeitpflegeeinrichtungen in der Öffentlichkeitsarbeit, der Informationspolitik und ihrer Sichtbarmachung zu unterstützen;

13. welchen Empfehlungen aus der Studie, besonders in Bezug auf die Verbesserung von digitalen Arbeitsstrukturen und der Zusammenarbeit zwischen Pflegeeinrichtungen, Gesundheitsämtern und niedergelassenen Ärzten, sie zu welchem Zeitpunkt (unter Angabe der jeweiligen einzusetzenden Mittel) nachkommen wird;
14. bis zu welchem Zeitpunkt die „Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe“ von Seiten des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration weiterlaufen wird.

21.12.2021

Haußmann, Fischer, Birnstock, Bonath, Hoher, Dr. Kern FDP/DVP

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft mit allen ihren Facetten bis aufs äußerste herausgefordert und dieser Zustand dauert an. Es gilt, auf unerwartete Risiken und neue Problemstellungen in allen Bereichen flexibel zu reagieren, um möglichst viele Menschen vor einer Virusinfektion und den damit verbundenen Folgen zu schützen.

Eine besondere Aufgabe hat hierbei die stationäre und ambulante Langzeitpflege geleistet, da diese vor allem mit vulnerablen Risikogruppen in Kontakt steht und arbeitet.

Es ist nicht nur essenziell, die Relevanz der Langzeitpflege für unsere Gesellschaft und ihre erbrachte Mehrleistung seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hervorzuheben, sondern auch für eine angemessene Evaluierung der aktuellen Lage zu sorgen, in der sich die Langzeitpflegedienste und Einrichtungen seit einiger Zeit befinden.

Für eine solche Bewertung ist es unverzichtbar, auf empirische Methoden bei der Erkenntnisgewinnung zurückzugreifen. Rigorose Forschung vereinfacht es, ein Thema aus objektiver Sicht zu verstehen und besonnene Prognosen für die Zukunft erstellen zu können. Um aber den Nährwert, den die Wissenschaft bietet, effektiv zu nutzen, ist das Ziehen von Konsequenzen aus neuen Informationen für die Politik erforderlich. Dieser Antrag soll abfragen, welche Konsequenzen, mit Blick auf die Ergebnisse und Empfehlungen der vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration geförderten LACOVID-BA-WÜ2020 Studie zur aktuellen Lage in der stationären und ambulanten Pflege in Baden-Württemberg, gezogen werden.